



Jacqueline Fehr im Interview

«Wir sind in einer toxischen Diskussion»

Publiziert heute um 05:09 Uhr, Liliane Minor

Die Zürcher Regierungspräsidentin sagt, weshalb Impfbefürworter sich jetzt zurücknehmen sollten und wie sie zur Impfpflicht steht.

Sie haben immer zu Demut und zum Gespräch aufgerufen. Nun füllen Ungeimpfte wieder die Intensivstationen. Ganz ehrlich: Haben Sie noch Verständnis?

Ich kann vielleicht mit meinen drei Weihnachtswünschen anfangen, die alle etwas damit zu tun haben: Der erste ist, dass wir sofort mit den Schuldzuweisungen aufhören. Der zweite ist, dass wir alle etwas leiser werden. Niemand ist fehlerfrei. Und der dritte Wunsch ist mehr Gemeinsinn. Dass wir die Brücken nicht abreißen, sondern diese Krise gemeinsam bewältigen.

Das sind schöne Worte. Aber braucht es nicht doch Druck, wenn sich ein Teil der Gesellschaft unsolidarisch verhält?

Ich nehme an, Sie sprechen die Frage der Impfpflicht an. Wir sind hier in einer toxischen Diskussion, drehen uns im Kreis, aber entscheiden nicht. Das schürt den Zorn der Geimpften auf die Ungeimpften, und bei den Ungeimpften schürt es die Angst. Da müssen wir einen Ausweg finden.

Könnte eine Impfpflicht der Ausweg aus diesen moralisierenden Diskussionen sein?

Tatsächlich müssen wir das Thema auf den Boden bringen, auch um Ängste abzubauen. Wir müssen wissen, worüber wir überhaupt reden. Konkret: Welche neuen Pflichten würden dem Bürger zugewiesen, welche neuen Rechte dem Staat? Kern einer Impfpflicht ist, dass der Staat Ungeimpfte zur Impfung aufbietet, sie mahnen und mit ihnen in Kontakt treten kann. Zwangsweise geimpft wird aber niemand. Zudem: Eine Impfpflicht braucht eine gesetzliche Grundlage. Wenn wir mit der Arbeit an dieser Grundlage jetzt beginnen, könnte das Parlament im Frühling darüber beraten, das Volk im Sommer abstimmen. Wir wären auf den nächsten Herbst bereit – sofern es dann noch eine Impfpflicht braucht. Diesen Prozess sollten wir angehen.

«Falls es sie dann noch braucht» ist eine heikle Einschränkung: Zweimal haben wir im Sommer geglaubt, die Pandemie sei vorbei.

Stimmt. Aber es gibt auch die Möglichkeit, dass ein Gesetz nur unter bestimmten Bedingungen in Kraft gesetzt wird. Und, ganz wichtig: Die Impfpflicht sollte befristet sein.

Hat der Kanton genug getan, um Menschen von der Impfung zu überzeugen?

Wir haben in Zürich bei den über 16-Jährigen eine Impfquote von über 80 Prozent, und selbst wenn man nur die Gruppe der 20- bis 29-Jährigen anschaut, die sich ja vor allem aus Solidarität impfen, sind drei Viertel geimpft. Unsere Kommunikation hat also funktioniert. Aber wir sind in einer politischen Situation, in der die grösste Partei des Landes als Impfskeptikerin auftritt. So etwas gibt es nirgends in Europa. Das hat uns den Schwung genommen.

«Die Impf- und Massnahmenbefürworter sind gut beraten, rhetorisch abzurüsten.»

Hätte man nicht dezidierter auftreten müssen? Ich denke an die Warnhinweise auf den Zigarettenpäckchen.



Die Leute, die sich gegen die Impfung entschieden haben, haben eine Hornhaut gegen diese Art von Kommunikation. Stattdessen muss der Staat eins zu eins mit diesen Menschen in Kontakt treten können, etwa in einer Impfsprechstunde. Mit einer Impfpflicht könnte Ungeimpften der Besuch einer solchen Sprechstunde vorgeschrieben werden.

Ein Teil der Gesellschaft spaltet sich ab. Wie sehr besorgt Sie das?

Ich bin sehr froh, hat sich die Lage nach der Abstimmung über das Covid-Gesetz beruhigt. Ich glaube, die Seite der Impf- und Massnahmenbefürworter ist gut beraten, rhetorisch abzurüsten. Es ist halt die Aufgabe der Vernünftigen, etwas vernünftiger zu sein, auch wenn das an den Nerven zerrt...

...wobei man manchmal das Gefühl hat, dass man die Radikalisierten so oder so nicht erreicht.

Ja, das hat etwas. Der Philosoph Hans Saner sagt dazu, es brauche Differenzverträglichkeit. Nicht Toleranz, aber die Geduld, Differenzen auszuhalten. Die Erfahrung zeigt, dass sich Widerstand plötzlich von allein entkrampfen kann. Man ist oft einfach die falsche Person, wenn man erfolglos auf jemanden einredet: Von uns wollen es diese Menschen nicht hören, und in den Medien wollen sie es nicht lesen. Aber dann ändert sich irgendeine Konstellation, der Mensch hat eine Begegnung, die er bisher nicht hatte, und plötzlich geht es. Aber natürlich darf man diese kleine Gruppe nicht aus den Augen lassen.

Jacqueline Fehr

Die 58-jährige SP-Politikerin sitzt seit sechs Jahren im Zürcher Regierungsrat, wo sie die Justizdirektion leitet. Im laufenden Amtsjahr fungiert sie zudem als Regierungspräsidentin.

Vor allem im ersten Pandemie-Sommer erregte sie mit ihrem Blog «Fehr denkt quer» Aufsehen, unter anderem, weil sie die Maskenpflicht in den Läden infrage stellte und die Maske mit dem Nikab verglich. Im letzten Dezember folgte dann eine öffentliche Entschuldigung. Und auch ihren Blog benannte Fehr um, zu nahe war der Titel an der «Querdenker»-Bewegung. (leu)

Die Zürcher Regierung hat in der ganzen Pandemie die freiheitliche Linie gewählt und sich für möglichst milde Massnahmen ausgesprochen. Es gibt zum Beispiel keine Verpflichtung für Pooltests an Schulen. Warum dieser Widerwille, Entscheide zu fällen?

Unser oberstes Credo ist es, Massnahmen zu erlassen, die wir durchsetzen können und die eine grösstmögliche Wirkung erzielen. Sieht man die Zahlen an, steht Zürich sehr gut da. Wir haben eine hohe Impfquote, sind Spitzenreiter beim Booster für über 65-Jährige, haben eine vergleichsweise tiefe Inzidenz. Und wir konnten die Schulen grossmehrheitlich offen halten. Ich habe den Eindruck, dass wir diese Diskussion stark aus der Perspektive der Mittelschicht führen. Für eine Schulschliessung kann nur sein, wer die Kinder daheim betreuen und unterstützen kann. Aber jene, die zum Beispiel an den Kassen stehen oder für uns Geschenke einpacken in den Läden, haben an Schulschliessungen gar keine Freude. Bei den Pooltests haben wir übrigens eine maximal hohe Quote. Und was mir ganz wichtig ist: Die gesellschaftlichen Spannungen sind relativ gering. Es gibt, anders als im Ausland, kaum grosse Demonstrationen.

«Ich habe immer gesagt, die Maske sei sinnvoll. Aber lieben muss man sie deswegen nicht.»

Der Haken an dieser Taktik ist: Hin und wieder braucht es dann Feuerwehrübungen. Etwa die Absage des Alba-Festivals, für die Sie harsch kritisiert wurden.

Wie gesagt, niemand ist fehlerfrei. Ich stehe dazu, diese kurzfristige Absage hätte so nicht sein dürfen. Auf der anderen Seite haben wir seither ohne jeden Rumppler eine dreistellige Zahl von Veranstaltungen bewilligt. Klar ist: In



dieser Pandemie kommt es zu Situationen, die niemand vorhergesehen hat. Und da passieren auch Fehler. Das ist ja der Grund, warum ich finde, wir sollten alle etwas leiser werden.

Apropos Fehler: Haben Sie sich inzwischen mit der Maske angefreundet?

Ich habe immer gesagt, die Maske sei sinnvoll. Aber lieben muss man sie deswegen nicht.

Sie sind Regierungspräsidentin. Sind die Diskussionen im Gremium kontroverser als in normalen Zeiten?

Wir haben eine gute Kultur entwickelt. Die Diskussionen sind sehr engagiert, aber wir entscheiden im Konsens. Wobei das operative Geschäft bei der jeweiligen Direktion liegt. Die Regierungsmitglieder dienen als eine Art Sparringspartner.

Wirklich? Zu Beginn der Pandemie hat man Natalie Rickli mehrfach im Regen stehen lassen.

Das kann ich so nicht bestätigen. Aber natürlich mussten auch wir zuerst Erfahrungen sammeln. Mittlerweile haben wir eine gute Balance zwischen den verschiedenen Zielen gefunden, die wir im Auge behalten müssen – vom Verhindern einer Überbelegung der Intensivabteilungen bis zur Vermeidung gesellschaftlicher Spannungen. Es sind sich alle bewusst, dass es nicht nur einen Fokus gibt.

Man kann Corona auch als Testfall für die Klimakrise sehen. Haben wir ein gutes Rüstzeug erarbeitet?

Ich glaube, die Pandemie war ein schwieriges, aber gutes Lehrstück. Denn es gibt ein paar Grundmuster, die gleich bleiben. Etwa der Dialog zwischen Politik und Wissenschaft. Der war am Anfang sehr sperrig und hat sich gut entwickelt. Die Wissenschaft akzeptiert heute, dass die Politik auch andere Aspekte berücksichtigen muss, die Politik wiederum akzeptiert den anwaltschaftlichen Ansatz der Wissenschaft. Sicher wichtig ist auch, dass das Thema der Verantwortung im Zentrum steht, wobei ich die Kampfbegriffe Eigen- und Selbstverantwortung nicht mehr verwende. Die Pandemie hat gezeigt, dass 80 Prozent der Bevölkerung bereit sind, Verantwortung für sich und ihr Umfeld zu übernehmen. Die Behörden ihrerseits haben die Verantwortung für die grossen, systemischen Fragen: Welche Technologien sind noch erlaubt, für welchen Treibstoff zahlt man wie viel.

«Verbote sind extrem effizient, insbesondere wirtschaftlich.»

Ist Selbstverantwortung überhaupt ein taugliches politisches Konzept in Krisensituationen? Solange Masken nur empfohlen waren, trug sie keiner.

Vorschriften braucht es, das ist klar, auch beim Klimawandel. Es braucht zum Beispiel Verbote für fossile Heizungen. Aber das ist nur eine von vier Säulen, um eine Krise zu bewältigen. Die zweite Säule ist unser persönliches Verhalten. Es steht nicht immer ein Polizist neben uns. Dass wir die Maske tragen, ist unsere Entscheidung...

...Moment, die Maske ist vorgeschrieben.

Ja. Aber wenn wir beide hier entscheiden würden, sie nicht zu tragen, würde nichts passieren. Es sieht uns ja niemand. Trotzdem übernehmen wir Verantwortung und verhalten uns pandemiekonform, so wie das die meisten Leute tun. Das sollte auch im Klimaschutz so sein. Die dritte Säule sind technische Errungenschaften. In der Pandemie etwa die Impfung, im Klimaschutz neue Energieträger, Isolationen und dergleichen. Die vierte Säule sind Härtefallhilfen. Es braucht Unterstützung, um die Leute zu gewinnen. Um eine Krise zu lösen, müssen die vier Säulen in einer guten Balance sein.



Sind wir im Kampf gegen den Klimawandel in dieser Balance? Die Politik hält sich mit Vorschriften zurück.

Wir müssen vom Dogma wegkommen, dass Verbote des Teufels sind. Verbote sind extrem effizient, insbesondere wirtschaftlich. Denn sie richten mit einem Schlag die Investitionen dorthin, wo sie gewinnbringend sind. Das hat sich zum Beispiel bei der Einführung des Katalysators gezeigt. Dasselbe sehen wir jetzt mit dem Energiegesetz. Dieses ist für die Wirtschaft eine Befreiung, man weiss jetzt, man braucht gar nicht mehr in fossile Energien zu investieren. Ähnliches wird und muss bei der Mobilität passieren. Aber es braucht sicher auch hier Unterstützung für Menschen, die in abgelegenen Regionen wohnen, wo sie nicht so einfach aufs Auto verzichten können. Diese Balance ist im Klimaschutz noch nicht so ausgearbeitet.

Was wird uns 2022 bringen?

Ich glaube, es gibt noch ein paar ganz harte Wochen, vor allem für die exponierten Berufe, sprich Pflege und Schule. Diesen Menschen kann man gar nicht genug danken für die Nerven, die sie behalten. Dann müssen wir uns wohl darauf einstellen, dass das Virus stärker saisonal ist, als wir gehofft haben. Vielleicht müssen wir aus den Weihnachtsapéros in den nächsten Jahren Mittsommerapéros machen. Im Winter wird es künftig wohl eher ein Herunterfahren geben. Aber grundsätzlich entwickeln wir eine immer stärkere Grundimmunität, die uns mittelfristig vor diesem Virus schützt. Mit einem realistischen Optimismus werden wir gut fahren.

«Anfangs war ich manchmal einfach hässig. Heute kann ich auch mal sagen: Ist das denn so wichtig? Dann sind manche Dinge halt einfach anders.»

Wie hat die Pandemie Sie persönlich verändert?

Ich habe meine Nerven schon nochmals etwas trainiert. Nicht nur in den gesellschaftlichen Diskussionen. Anfangs war ich manchmal einfach hässig. Heute kann ich auch mal sagen: Ist das denn so wichtig? Dann sind manche Dinge halt einfach anders. Auf die positiven Dinge zu fokussieren: Darin hatte ich sicher ein Intensivtraining.

Sie sind auch öffentlich ruhiger geworden.

Ja, ich habe anfangs sehr gehadert mit diesem Apodiktischen, dem herablassenden Ton, ja dem Vernichtenden in den Diskussionen. Das hat mich provoziert. Ich habe mich immer für Zwischentöne, für den Mut zum öffentlichen Denken eingesetzt, das tue ich bis heute – aber ich mache das vielleicht nun etwas geschickter.

Liliane Minor ist Redaktorin, Schwerpunkt ihrer Berichterstattung ist die kantonale Politik. Zudem berichtet sie aus dem Gericht. Sie ist Mitglied des Tamedia-weiten Netzwerks Lokaljournalismus.



Ob sie für oder gegen eine Impfpflicht ist, weiss Jacqueline Fehr noch nicht. Aber die Schweiz müsse jetzt mit der Diskussion über eine Covid-Impfpflicht anfangen, sagt sie. Foto: Urs Jaudas